

# STAATSREFORM ZUR ECHTEN ENTBÜROKRATISIERUNG: UNNÖTIGE AUFBLÄHUNG DER MINISTERIEN STOPPEN

BESCHLUSS DES 16. BUNDESMITTELSTANDSTAGS AM 8./9. SEPTEMBER 2023

Angesichts einer weiter ausufernder Gesetzes- und Vorschriftenflut des Bundes fordert die MIT dringend eine echte Staatsreform zur Entbürokratisierung und zum Schutz der Freiheit der Bürger und der mittelständischen Wirtschaft. Eine wichtige Säule dieser Staatsreform besteht darin, die weitere Aufblähung der Bundesebene endlich zu stoppen. Nur mit einer strikten Stellenbesetzungssperre wird es gelingen, die personell überdimensioniert besetzten Ministerien davon abzuhalten, weiterhin zur Selbstrechtfertigung ihrer Existenz immer neue Gesetze, Vorschriften und damit Bürokratielasten für die Gesellschaft zu produzieren. Stattdessen ist es geboten, die Ministerien wieder auf ihre Kernaufgaben zurückzuführen. Ohne die strikte und effektive Stellenbesetzungssperre über einen Zeitraum von mindestens einer Wahlperiode wird dieser Kulturwandel in den Bundesbehörden nicht durchsetzbar sein.

Daher fordert die MIT die CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten auf, sich dafür parlamentarisch und in der Öffentlichkeit einzusetzen, dass eine Sperre für alle neu zu schaffenden Stellen im Kanzleramt und in allen Ministerien eingeführt wird. Ausnahmen bedürfen in jedem Einzelfall der Zustimmung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestags. Diese Ausnahmeregelung soll sicherstellen, dass in sinnvoll begründeten Einzelfällen Abweichungen von der Regel erlaubt sind. Stellen im Bereich innere und äußere Sicherheit sind von der Sperre entbunden.

## **Begründung:**

Für die ausufernde Flut an Gesetzen und Verordnungen sind im Wesentlichen nicht der Bundestag bzw. die Länderparlamente verantwortlich, sondern in erster Linie die Ministerien und die diesen nachgeordneten Behörden. Der stetig steigende Personalbestand führt zu immer weiteren bürokratischen Vorgaben. Dieser Teufelskreis lässt sich nur mit einer Reduzierung des Personals in diesen Behörden erreichen, die sich dadurch sukzessive im Sinne einer Priorisierung auf die wichtigen und unabdingbar notwendig zu regelnden Angelegenheiten zu konzentrieren haben. Das einzig wirksame Instrument für einen solchen Stellen- und Personalabbau ist eine für alle Ministerien grundsätzlich wirkende Stellenbesetzungssperre im Falle freiwerdender Stellen